

In eigener Sache: Entscheidungen und Positionierung

© 07.01.2010 AmSeL-Gedanke Plus

(Autor und für den Inhalt redaktionell verantwortlich: Hans-D. Ziran)

All denjenigen Lesern, die unseren Blog nach wie vor regelmäßig oder sporadisch besuchen, sind wir noch eine Entscheidung schuldig. Auch wenn man bei realistischer Einschätzung davon ausgehen muss, dass sich das reelle Interesse daran sicherlich in engen Grenzen hält, möchten wir das neue Jahr (mit leichter Verzögerung, sorry) damit beginnen, in dieser Hinsicht für klare Verhältnisse zu sorgen.

Die hierin behandelten Themen sind:

1. **Das Vereinsengagement I.B.E. AmSeL e.V.**
2. **Unser parallel dazu verlaufendes und speziell der Aufklärung sowie dem Versuch, lose Enden kompatibler Ansichten und Aktivitäten zu verknüpfen, gewidmetes Engagement**
3. **Der Themenkomplex „Positionierung und Abgrenzung“**

* * * * *

Zu 1: Vereinsengagement

Hierin sehen wir nach wie vor unser Hauptanliegen und auch das, was wir gleichzeitig als unsere vorrangige Aufgabe und Verantwortung verstehen. Da dies bislang durch mangelndes Interesse in der eigenen (höchst problematischen, da zu wohlhabenden!) Region sowie die allenthalben zu beklagende mangelnde Mitwirkungsbereitschaft von Betroffenen (**nicht nur** Hartz-IV-Geschädigte) nahezu unmöglich gemacht wurde, werden wir mehr Zeit und Energie in eine Veränderung dieser Situation investieren.

Im Zusammenhang damit wird zurzeit an einer diesem Ziel förderlichen Neugestaltung des Konzeptpapiers gearbeitet. Es muss zwar nicht „vollständig neu erfunden und geschrieben“ werden, aber wir müssen und werden uns darum bemühen, es allgemeinverständlicher und kürzer zu fassen. Dies wird es notwendig machen, alle angrenzend oder parallel dazu verlaufenden Aktivitäten, die wir aus hinlänglich bekannten (und jederzeit anzufragenden) Gründen keineswegs einstellen wollen und werden, herauszunehmen und in eigene Publikationen auszulagern, die dann nur noch ernsthaft interessierten und explizit anfragenden Individuen, Gruppen, Vereinen etc. zur Verfügung gestellt werden.

Entgegen der „kurzzeitig aufgetretenen Meinung“, dass wir uns durch an unserer Arbeit geäußerte Kritik zu diesem Schritt gezwungen gesehen hätten, geht es hierbei lediglich um eine gezielte Neuausrichtung unserer Öffentlichkeitsarbeit. Wir müssen zwar auch weiterhin versuchen, die für unseren Kreis und unsere Region verantwortlichen Politiker/innen und Verwaltungen mittels *konstruktiver Konfrontation* unter Druck zu setzen und sie zu einer stärkeren Realitätsbezogenheit bei ihrer Arbeit anzuhalten, aber der Schwerpunkt wird nun endgültig auf das Erreichen und die Aktivierung der Bürger/innen gelegt werden. Das gilt, wie immer wieder betont, sowohl für Betroffene aller Art als auch für „noch nicht“ betroffene Mitmenschen. Eine erfolgsversprechende Umsetzung dieses Vorhabens kann unserer Ansicht nach nur durch eine stärkere Verlagerung von Arbeit und Engagement ins „reale Leben“ erreicht werden, da sich das Internet unseren Erfahrungen zufolge nur unzureichend für die Generierung von Solidarität und deren Kanalisierung in eine entsprechend konstruktive und kooperative, vor allem jedoch wirkungsvolle Basisarbeit eignet!

Ebenfalls nicht korrekt ist die von außen gestreute Darstellung, dass wir in dieser Hinsicht „ja längst hätten aktiv werden können“ – was dann sozusagen als Beleg für die oben angesprochene Behauptung ausgelegt wurde. Wer selbst einen Blog betreibt und sich anschaut, was wir in den letzten sechzehn Monaten an Arbeit, Zeit und Energie *allein* in das Betreiben des „AmSeL-Gedanken Plus“ investiert haben, wird sicherlich auch begreifen, dass *daneben* und neben der *ebenfalls nachvollziehbaren Arbeit in Sachen Unterstützung und Solidarität* nur sehr wenig Zeit bleibt. Von den erschwerenden Umständen, dass für die redaktionelle Arbeit am Blog *und* die Gestaltung unserer solidarischen Unterstützung im Fall „Sabrina A.“ vorrangig eine Person verantwortlich zeichnet, die leider nicht mit der bestmöglichen gesundheitlichen Konstitution gesegnet ist, soll hier gar nicht erst geschrieben werden.

So viel dazu. Es wird also noch etwa bis Mitte / Ende dieses Monats dauern, bis das Konzeptpapier in seiner neuen Fassung vorliegt. Von da an (wir gehen mal von Anfang Februar aus) wird Vereinsengagement und „Aufklärung / überregionale Kooperation“ strikter als bisher voneinander getrennt werden. Auch das bedeutet einen immensen Arbeitsaufwand, da dafür auch die [eigentliche Vereinsseite](#) komplett überarbeitet werden muss. Darüber hinaus wird zusätzliche Arbeit investiert werden müssen, um die – gelinde gesagt – fehlende Kooperationsbereitschaft lokaler und regionaler Gruppen und Vereine untereinander zu „heilen“ und endlich eine vernünftige Basis für wirksame Aktivitäten zu schaffen.

Aus den vorgenannten Gründen werden wir – mit Ausnahme unseres Engagements als offiziell bevollmächtigte außergerichtliche [Interessenvertretung für Sabrina A.](#) und ihre Angehörigen – kein überregionales Vereinsengagement mehr wahrnehmen. *Es sei denn*, es finden sich interessierte und mit unseren Vereinszwecken konform gehende Männer und Frauen, die den Verein bei der aktiven Unterstützung von Menschen in anderen Regionen der BRD eigenverantwortlich zu vertreten bereit sind. Diesen würden wir uns Know-how und jede sinnvoll zielführende Unterstützung selbstverständlich zur Verfügung stellen.

* * * * *

Zu 2: Aufklärung & Kooperationen

Auch bei diesem Thema muss zuvorderst darauf hingewiesen werden, dass Informationen und Engagement viel stärker als bisher vom Internet in den Realalltag transportiert werden müssen. Eine Kombination von beidem wäre wünschenswert!

Eine als „nahezu optimal“ zu bezeichnende Umsetzung wäre fraglos, wenn es flächendeckend erreicht werden könnte, dass nützliche Informationen und fundierte Berichte über die wichtigsten Themen aus dem Internet in regionalen Diskussions- und Aktionsgruppen aufgearbeitet und dann auf jede sich anbietende Weise an die Frau und den Mann auf der Straße vermittelt werden könnten. Ebenfalls zielführend wäre es zu nennen, wenn man auch regionale Ansprechpartner für Interessierte sowie Hilfe und Rat suchende Bürger/innen installieren und kontinuierlich betreiben würde.

Informationsveranstaltungen, Mahnwachen, Demonstrationen usw. gehören sicherlich auch zum Spektrum der unbedingt zu realisierenden Gegenöffentlichkeit, müssen aber auf ein breites und solides Fundament in Gestalt von genügend aktiven Mistreitern und kostendeckenden Strukturen gestellt und mit entschlossener Basisarbeit verbunden werden, damit die „Botschaft des Volkes an die Regierenden“ endlich eindeutig, unmissverständlich und unüberhörbar werden kann. Über die bisherige Qualität des dergestalt auf die Beine gestellten Widerstands braucht man unserer Ansicht nach kaum zu diskutieren!

Aufklärung

Hier werden wir in Zukunft zweigleisig zu fahren versuchen. Im Internet – sowohl auf diesem Blog als auch im „[Workshop](#)“ (bei Letzterem geht es auch erst ab Februar richtig los!) – werden wir an der grundlegenden Ausrichtung unserer Arbeit kaum etwas ändern. Lediglich Informationen, die über die Hauptseite des Vereins laufen, werden auf das „verträglichere Maß“ reduziert, welches wir für die aktive Straßenarbeit vorsehen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die meisten Menschen auf zu „brutal offen und ungeschminkt“ daherkommende Fakten eher mit Rückzug und Ablehnung reagieren, weil sie die Welt mit Scheuklappen zu sehen gelernt haben, die sie vor zu heftigen Kollisionen mit der Realität jenseits des eigenen Tellerrands schützen sollen. – Trotzdem muss man ihnen einerseits diese Scheuklappen wegnehmen und sie andererseits wohl dosiert mit den Tatsachen konfrontieren, die auch ihr Dasein bedrohen.

Gerade deshalb muss man Plattformen und Informationsquellen anbieten, die mit ihren Recherchen tiefer in die größeren globalen Zusammenhänge vordringen. Es kann unserer Meinung nach nun mal ebenso wenig in Abrede gestellt werden, dass auch die individuellsten Teilprobleme im Endeffekt auf dieselben übergeordneten globalen Abläufe zurückgehen. Sie aus dem Zusammenhang gerissen angehen und sogar lösen zu wollen, wird immer Stückwerk und Symptomkosmetik bleiben ... dass dieses Prinzip bestenfalls unmaßgebliche Teilerfolge bringt, die in letzter Konsequenz die Entsolidarisierung der Gesellschaft sogar noch befördern, kann man mit unzähligen Beispielen allein in den letzten Jahren belegen. Eine Solidarität, die echte und dauerhafte Problemlösungen bewirken können soll, darf Ärzte nicht von Patienten, Studenten nicht von Rentnern, Erwerbstätige nicht von Erwerbslosen, Gesunde nicht von Kranken und Behinderten ... und Bürger/innen der neuen Bundesländer nicht von jenen der alten trennen! (Die Liste kann und mag jede/r nach Belieben erweitern)

Auch dürfen Themen von allgemeiner Bedeutung weder ausgeklammert noch einseitig behandelt werden, nur weil Kritik – beispielsweise an der äußerst fragwürdigen Klimahysterie à la Gore und IPCC, die zweifelsohne vor allem der Sicherung von Profiten, Macht und Kontrolle für die vom schlechten Gewissen und der Leichtgläubigkeit der besonders schamlos zur Kasse gebetenen Normalbürger/innen profitierenden Industrien, Banken und Kapitaljongleuren dient! – sich zu sehr „nach Verschwörungstheorie“ anhört. Wie wir unter anderem [hier](#) oder [hier](#) darzustellen versuchten, hat diese Kritik in den seltensten Fällen etwas mit unbeweisbaren Theorien zu tun und hat sich in anderen Fällen im Nachhinein bereits als sehr zutreffend und demzufolge überaus berechtigt erwiesen. – Das soll hier aber nicht weiter vertieft werden. Es geht uns nur darum, deutlich zu machen, dass man jede Meinung immer erst einmal eingehend prüfen muss, bevor man sie ablehnt oder sie sich zu Eigen macht. Wenn man das beherzigt und anwendet, dann kann durch kontinuierlichen Meinungsaustausch eine Diskussionsebene erreicht werden, auf welcher die Gemeinsamkeiten schwerer wiegen als die vermeintlichen oder tatsächlichen Gegensätze. Von diesem imaginären Punkt an wäre es dann auch möglich, gemeinsam Lösungen für sämtliche Probleme zu finden und wirksam dafür einzutreten, dass sie auch verwirklicht werden.

Das gilt für alle Bereiche des engagierten Widerstands gegen erwiesene oder zumindest erkennbare Missstände. Gerade deshalb muss man auch seine Arbeit in Sachen *reeller Öffentlichkeitsarbeit* (also jener „direkt am Mann oder der Frau auf der Straße“) vorsichtig, aber zielgerichtet auch auf die größeren Zusammenhänge ausrichten, wenn man die Lösung von „kleineren Probleme“ irgendwann einmal mit einer beeindruckenden Basis im Rücken anzugehen beginnen möchte! – Das könnte (müsste?) man jetzt eventuell noch weiter aufschlüsseln, aber wir denken, dass auch so ausreichend begründet werden kann, warum wir bei der Aufklärungsarbeit zwar taktisch klug vorgehen, letzten Endes aber auf das Kreieren eines authentischen Gesamtbildes hinarbeiten möchten.

Und das kann ganz gewiss nur dann gelingen, wenn man sich zusammenschließt und jeder sich auf der Ebene einbringt, auf der seine Kompetenz der Bewegung des Widerstands am meisten nutzt. Wir werden nun das Ziel ins Auge fassen, das eine der Grundüberlegungen war, als wir uns zur Gründung eines Vereins entschlossen: wir möchten uns in der Basisarbeit einbringen und so viel wie möglich Wissen, das wir selbst erworben haben oder von anderen Menschen übernehmen, die an einer Kooperation ebenso interessiert sind wie wir, an die Menschen in unserer direkten Umgebung weitergeben. Das Ziel war, ist und bleibt, das Realitätsbewusstsein sowie die politische und gesellschaftliche Kompetenz unserer Mitmenschen zu fördern und zu bewirken, dass sie sich aktiver in die Wahrung der eigenen Interessen einbringen sowie für jene „Frontkämpfer“, die den zivilen und demokratischen Widerstand auf alle relevanten Ebenen tragen müssen, eine gesellschaftliche Basis zu schaffen, die den Damen und Herren in der Politik das nötige Feuer unter dem Hintern machen kann. – Genau diese Basis fehlt derzeit immer noch und wird auch von den großen Organisationen viel zu wenig angestrebt.

Kooperationen

Das Wichtigste gleich zu Beginn: solange uns die maßgeblichen Personen – Detlef Paulus ([DVG](#)) und Klaus Müller ([Aktion Kehrwoche](#) – die Homepage wird gerade umgebaut und ist erst ab dem 11.01. wieder online) – keinen Anlass geben, an der zwischen uns vereinbarten Zusammenarbeit und ihrer langfristigen Ausrichtung zu zweifeln, werden wir auf Anfeindungen und Diffamierungen [gleich welcher Art](#) nicht mehr reagieren. Mit beiden verbindet uns, sowohl sachlich als auch menschlich, eine gute und vertrauensvolle Kooperationsbasis. Die von beiden ausgegebenen und verfolgten Ziele sind uneingeschränkt mit den Zielsetzungen des Vereins vereinbar und insofern sehen wir keinen Grund, eine funktionierende, von alloseitigem **aktivem** Engagement getragene Kooperation aufgrund der „Bedenken“ einiger „vorgeblich oder tatsächlich linker“ Internetseiten aufzukündigen.

Das einzige, was unsere hiermit unmissverständlich zum Ausdruck gebrachte Entscheidung gegenstandslos machen und uns zur Abkehr davon zwingen könnte, wäre ein „unheilbares und reelles Abdriften“ des Engagements eines der genannten Kooperationspartner in jene Bereiche, die wir unter dem Punkt „Abgrenzung“ im nachfolgenden Abschnitt aufführen!

Für jede/n, die oder der sich durch diese Ansage dazu genötigt fühlt, den Kontakt zu uns abzubrechen, nur weil einige – zumindest hinsichtlich ihrer Intentionen fragwürdige – Quellen uns und/oder Volksgewerkschaft / Kehrwoche eine rechtsradikale Ausrichtung und ebensolche Ziele unterstellen, möchten wir unmissverständlich klarstellen, dass wir das ggf. außerordentlich bedauern würden, aber unter den nun mal gegebenen Umständen weder ändern können noch wollen.

Darüber hinaus bleibt unsere – ebenfalls von beiden genannten Kooperationspartnern geteilte – Bereitschaft zur basisdemokratischen, ebenso problem- wie zielorientierten und solidarischen Kooperation unverändert bestehen. Interessierte Menschen können sich über alle auf der Seite [Verein](#) (und am Ende des PDF-Dokuments) angegebenen Kommunikationswege an uns wenden. Auch **ernstgemeinte und ernstzunehmende** kritische Fragen sind willkommen und werden unsererseits gerne beantwortet.

Darüber, warum wir Kooperationen dieser Art für eine unabdingbare und elementare Voraussetzung für jede Form des basisdemokratischen Widerstands im Sinne der eigenen Interessen unseres und jedes anderen Volkes halten, haben wir oben schon einiges geschrieben und möchten das zunächst einmal nicht weiter ausführen.

* * * * *

Zu 3: Positionierung und Abgrenzung

Vorausschicken müssen und möchten wir die grundsätzliche Feststellung, dass man angesichts der losgetretenen „Querfrontdebatte“ und den Formen, die diese angenommen hat, teilweise schon arg ins Grübeln geraten muss. Das beziehen wir keineswegs nur auf die abstrusen und meist auf ganz anderen, ebenso nachvollziehbaren wie fragwürdigen Hintergründen basierenden Anfeindungen gegen uns persönlich.

Dazu wollen wir gar nichts mehr schreiben, werden uns aber vorbehalten, die genannten Sachverhalte gegebenenfalls ausführlich und öffentlich darzustellen, falls sich die haltlosen und nur auf „ausgewählte sowie einseitig interpretierte Fragmente“ unserer Öffentlichkeitsarbeit bezogenen Vorhaltungen nachteilig auf unsere solidarische und ausnahmslos ehrenamtlich erbrachte Vereinsarbeit auswirken sollte. Erste Anzeichen solcher Auswirkungen sind uns gerade erst im Umfeld der Interessenvertretung für Sabrina A. und ihre Angehörigen zugetragen worden ... und genau da hört für uns jegliche Toleranz und Gelassenheit spätestens auf!

Nein, unsere oben angeführte Feststellung bezieht sich auf die Gesamthematik und die Frage, warum sich die Bloggerszene von einer Kampagne so wirksam spalten lässt, die auch über „offizielle“ Kanäle von doch eher fragwürdigen Quellen gespeist wurde und wird? Einige dieser Quellen weisen sogar sehr eindeutige Verbindungen „zu regierungsnahen Kreisen“ (inklusive der damit zwangsläufig verbundenen einseitigen Abhängigkeit) auf, so dass es erst recht auffällig erscheinen sollte, dass diese Kampagnen erst rund um die Bundestagswahl mit enormem Aufwand ausgelöst wurden.

Wir bitten die und den geneigte/n Leser/in eindringlich, sich diese Frage einmal ernsthaft durch den Kopf gehen zu lassen – auch und gerade vor dem Hintergrund der aktuell (wieder einmal) auf Hochtouren laufenden Diffamierungspropaganda in Sachen „Linksextremismus“. Wer sich aufrichtig für die Frage interessiert, wo in diesem Land (und anderswo auf der Welt gerade so) realfaschistische Strömungen zu suchen und reichhaltig zu finden sind, der sollte sich auf dem Umweg über diese „Panikreaktion“ der Eliten auch mit der Frage befassen, warum *realer Rechtsextremismus* in der BRD vor *linken Gegendemonstrationen* (hiermit sind keine linksradikalen Autonome gemeint!) **geschützt** wird. Und der nächste Schritt, um unsere Irritation über die Querfrontdebatte nachvollziehen zu können, wäre dann, sich noch einmal der Frage zuzuwenden, wem sie (exakt auf die gleiche Weise wie die Verunglimpfung linker Gruppen und Ideale) im Endeffekt am meisten nutzt!?

Wir empfehlen deshalb ebenfalls, sich noch einmal mit dem „Prinzip der Dialektik“ auseinanderzusetzen und sich dann vor Augen zu halten, dass momentan „rechte Verortung“ gegen „linke Verortung“ und zudem auch noch gegen „die Mitte“ ausgespielt wird und die wahren Nutznießer wieder einmal dieselben, nicht nur von uns ausgiebig und oft genug angesprochenen „globalen elitären Zirkel“ sind. Eine alte und sich unaufhörlich wiederholende Geschichte, die offensichtlich keiner der Kritiker „auf allen Seiten“ wahrhaben möchte?

Positionierung

Wie jeder Mensch unzweifelhaft erkennen sollte, der die Gesamtheit unserer in Artikeln zum Ausdruck gebrachten Anschauungen liest und objektiv verarbeitet, sind sowohl unsere Zielsetzungen als auch das für deren Umsetzung betriebene Engagement „eher links“ einzuordnen. Darauf, warum wir diese Standortbestimmung in Anführungszeichen setzen, wird gleich noch einmal kurz einzugehen sein [*].

Wofür wir stehen und ohne Wenn und Aber einzutreten versuchen, ist (nur grob umrissen):

- Basisdemokratie im Sinne einer ausschließlich am Gemeinwohl orientierten Reformierung unseres Staats- und Gemeinwesens.
- Umkehrung der seit 30 Jahren andauernden Entsolidarisierung und – de facto – Entmenschlichung unserer Gesellschaft im Dienste der Interessen einer globalen neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschafts*ideologie* – einschließlich der damit einhergegangenen Umverteilung von unten nach oben (nur als Oberbegriff für das gesamte Spektrum an Maßnahmen auf der Grundlage von „Lambsdorff-Papier“, EU-Integration und „Konsens von Washington“).
- Schaffung von zwischenmenschlich-solidarischen Strukturen, die einerseits eine effektive Eigenverantwortung der Menschen (wozu an erster Stelle ein existenzsicherndes „Auskommen mit dem Einkommen“ erforderlich ist!) ermöglichen und andererseits den Raubbau am Sozialstaat ausgleichen können ohne die Solidargemeinschaft der Steuer- und Beitragszahler doppelt und dreifach zur Kasse bitten zu müssen. Hierzu gehört auch eine Umstrukturierung der Kosten für Staat und Gemeinwesen, die jene Herrschaften mehr einbindet und ihrem wirtschaftlichen Leistungsvermögen entsprechend daran beteiligt (in die Verantwortung nimmt!), die in den letzten Jahrzehnten immer nur einseitig profitierten.
- Gerade vor dem Hintergrund der hinlänglich bekannten und nach wie vor zu konstatierenden Staatsaufbaumängel der BRD als westliche Besatzungszone und „staatsrechtliche Grundlage des vereinigten Deutschlands“ wird es für eine Schaffung der Voraussetzungen für die oben genannten Maßnahmen unabdingbar sein, verbindlich den tatsächlichen völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Status der BRD feststellen zu lassen ... einzuschließen wäre dabei auch eine verbindliche Klärung in Sachen „Friedensvertrag“, „Fremdstaatenklausel der UN Charta“, „Staatsbürgerschaft“ und „Verfassung“ (gemäß Art. 146 GG a. F.) einschließlich der nicht existenten Gewaltent*trennung*, die uns eine von der Parteienoligarchie unabhängige Justiz vorenthält. – Im Gegensatz zur landläufigen Meinung, dass all diese Fragen durch die „Wiedervereinigung“ und die damit verbundenen Verträge ebenso endgültig wie rechtsverbindlich geregelt worden seien, muss man bei objektiv-kritischer Betrachtung davon ausgehen, dass die gegen diese Auffassung vorgebrachten Zweifel fundiert und umfassend berechtigt sind. – Dies hat nichts damit zu tun – wie von den „Kritikern an dieser Kritik“ immer wieder behauptet wird, dass damit auch eine Wiederherstellung des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 – oder „auch nur“ der Wiederanschluss der ehemaligen „Ostgebiete“ an die BRD verfolgt werden würde! (Siehe dazu unten ... „Abgrenzung“) – Inwieweit sich das auch auf die EU ausweiten lassen wird, muss man abwarten, aber es gibt schon erste intelligente Ansätze, dies „[auszutesten](#)“ ... aus Wut und Not geboren, aber gut, richtig und ausbaufähig!

Globale Positionierung:

PRO:

Wir setzen uns (jeweils in der wahren Bedeutung der Begriffe) aus emotionaler und intellektueller Überzeugung für ***Frieden, Freiheit, (Basis-) Demokratie, Gerechtigkeit, Grund- und Freiheitsrechte, universelle unveräußerliche und unteilbare Menschenrechte, Solidarität (grenzübergreifend und ohne Unterscheidung nach kulturellen oder religiösen Hintergründen), Menschlichkeit, (echte, „nicht konfessionsgebundene“) Nächstenliebe und den Erhalt unserer Natur*** ein. – Und das kann auch jede/r überprüfen, wenn er unser öffentliches Engagement objektiv bewertet!

[*] **Anmerkung zu „eher links“:**

Wir möchten uns eigentlich auch nicht „links verorten“ lassen, da a) wir oft genug darauf hingewiesen haben, dass wir in Bezug auf die Gestaltung einer künftigen Gesellschaftsform vollständig auf ideologische Scheuklappen gleich welcher Art verzichten möchten ... und b) die „originäre Linke“ (nicht die Partei, sondern die Bewegung) in Deutschland im Laufe der letzten 30 Jahre untergegangen ist (oder vom System „assimiliert“ wurde) und von verschiedenen „linken Strömungen“ ersetzt wurde, die keineswegs nur Probleme mit „der Rechten“ und dem konservativen Bürgertum haben, sondern auch untereinander oftmals hoffnungslos uneins sind.

Wir streben also weder einen „reinrassigen“ Sozialismus noch Kommunismus an, sondern plädieren für die Schaffung und Etablierung einer Gesellschaftsform, die **für alle** in unserem Land lebenden Menschen im vernünftigen Maße optimale Existenzgrundlagen bereitstellt. Dabei sollte man alle Ansätze – außer ultrarechten, -linken und neoliberalen – in Betracht ziehen und auf einen gesamtgesellschaftlich getragenen Konsens hinarbeiten.

Es ist uns durchaus bekannt, dass derzeit enorme Anstrengungen unternommen werden, das im ersten Absatz angesprochene Problem zu lösen. Ziel ist es dabei, endlich wieder eine **echte und starke Linke** zu etablieren, die sich auf der Basis von Humanismus, Solidarität und globalem Verantwortungsbewusstsein (für Mensch **und** Natur!) für eben dieses Ziel einsetzt.

Widerstand ist dann unabdingbar und gerechtfertigt, wenn Recht zu Unrecht wird (sehr frei nach Berthold Brecht), doch dann muss dieser Widerstand auch vernünftig organisiert und – nach Möglichkeit – gewaltfrei und dennoch selbst für absolute Hardliner des Systems überzeugend **gelebt** werden. Davon sind wir, einschließlich der großen Protestbewegungen, momentan noch Welten entfernt!

Den Initiatoren und aktiven Mitglieder dieser sich formierenden „neuen Linken“ stehen wir selbstverständlich ebenfalls als entschlossene und *aktive* Kooperationspartner zur Verfügung – allerdings muss man „uns dann schon so nehmen wie wir sind“ und das berücksichtigen, was im nachfolgenden Abschnitt klargestellt wird. Wir sind zwar nicht „ruhm- oder profilierungssüchtig“, sondern immer bereit, uns dem Streben nach der Realisierung einer gemeinsamen Sache unterzuordnen, aber verbiegen lassen werden wir uns dafür ganz sicher nicht!

Abgrenzung

Auch hier kommen wir nicht ohne eine vorweggenommene Klarstellung aus, die sich darauf bezieht, dass wir ganz entschieden zwischen **Abgrenzung** und **Ausgrenzung** unterscheiden. Das war immer so und wird auch so bleiben.

Abgrenzung – zum Beispiel gegenüber Faschismus, „überzeugter“ Gewaltbereitschaft, Rassismus usw. ist zweifelsohne wichtig und auch angebracht, wenn zweifelsfrei belegt werden kann, dass solche inakzeptablen Hintergründe bei Webseiten oder Personen existieren und deren Denken und Handeln bestimmen. – Sofern berechtigte Zweifel bestehen, sollte man nicht nur, sondern muss man eine Bestimmung und Abklärung jedoch auf direktem Wege anstreben und nicht mit Hilfe von Propaganda zur „rechten, linken oder sonstigen Verortung“ greifen, die man dann auch noch ebenso publikumswirksam wie ausschließlich über die eigenen Webseiten vornimmt.

Ausgrenzung, noch dazu in Tateinheit mit der Spaltung und Schwächung einer wichtigen Bewegung wie bspw. der Bloggerszene, die aufgrund solcher, bestenfalls auf „subjektiver Wahrnehmung“ basierender Diffamierungen stattfinden, sind sowohl menschlich und moralisch verwerflich als auch für „die Sache“ (wie immer man sie für sich selbst auch definieren mag) kontraproduktiv. Bei ganz rigider Auslegung erfüllen sie mitunter auch den Straftatbestand von übler Nachrede (§ 186 StGB)

oder Verleumdung (§ 187 StGB), der manchen davon betroffenen Menschen (uns bisher **nicht**) dazu veranlassen könnte, gerichtlich dagegen vorzugehen.

Noch schlimmer ist zweifelsohne die böswillige Ausgrenzung von Mitmenschen aufgrund ihrer Religion, Herkunft, Hautfarbe, gesellschaftlichen Stellung, Bildung oder anderen „Andersartigkeiten“ mehr. Gar nicht erst zu reden braucht man über die Diskriminierung von chronisch kranken oder behinderten Mitmenschen. Doch das sind alles Fakten, die für „normale Demokraten“ vollkommen selbstverständlich sein und keiner Diskussion bedürfen sollten.

Wovon wir uns gemäß den vorstehenden Erklärungen unmissverständlich distanzieren, ist hauptsächlich):

- Menschenverachtung und Rassismus – egal von wem und in welcher Form praktiziert
- Pathologische Fremdenfeindlichkeit oder Diffamierung / Diskriminierung von jeder anderen Form von „Andersartigkeit“
- Gewaltverherrlichung und Gewaltbereitschaft
- Geschichtsklitterung und Tatsachenverfälschung [*] ... sowohl jene, die unter dem „Gesetz der Geschichte der Sieger“ verbreitet wird als auch eine solche, die der indifferenten Rechtfertigung von Kriegsverbrechen, Verbrechen wider die Menschlichkeit oder andere Formen der inakzeptablen Machtausübung dienen soll (hierbei beziehen wir „Deutschland“ und die tatsächlich fragwürdigen Revanchisten und Revisionisten absolut mit ein, betonen aber auch, dass davon kein Staat – und auch kein „Bündnis“ – dieser Welt ausgenommen werden darf!)
- Faschismus (in jeder Variation), Diktatur – einschließlich Scheindemokratie und Kapitaldiktatur, Neoliberalismus, Neofeudalismus und andere Erscheinungsformen von elitärem Macht- und Kontrollstreben
- „KRRs“ (Kommissarische Reichsregierungen) und andere Ewiggestrige, denen es nicht vordergründig um die objektive Aufarbeitung unserer Geschichte, sondern um die „Wiederherstellung des Reichs“ geht; insbesondere solche „Reichstreue“ sind gemeint, die aus ihrer „Überzeugung“ ein florierendes Geschäft zu machen versuchen (z. B. durch den Handel mit „Reichs-Ausweispapieren und -Führerscheinen“ und ähnlichem mehr)
- Auf „Umkehrung der Geschichte“ abzielende Bestrebungen wie „Wiedereingliederung der Ostgebiete“ oder Grenzdebatten allgemeiner Art [*]
- Kampf gegen und Zensur (nicht staatlicherseits!) von „missliebige(n) Meinungen“ zu strittigen Themen (darunter fällt auch jede Diskussion oder Veröffentlichung über solche Themen wie Klimaerwärmung, Gentechnik, Status BRD, Pharmaindustrie, Parteienoligarchie, NWO und ähnliches) ... Meinungsunterschiede sollten wenigstens auf „Bürgerebene“ entweder im konkreten und direkten Diskurs behandelt oder aber ignoriert und gar nicht debattiert werden.

Globale Positionierung:

KONTRA:

Wir **versuchen** uns (hauptsächlich) für den Widerstand gegen die nachfolgend genannten Umtriebe der Eliten und ihrer Marionetten, einschließlich unverbesserlicher Mitläufer einzusetzen. Grundlage dafür ist dieselbe Überzeugung, die uns in Bezug auf die „**PRO**-Darstellung“ motiviert ...

Menschenrechtsverletzungen jedweder Art (hierzu rechnen wir auch Rassismus / Apartheid); Verstöße gegen das Völkerrecht – insbesondere Kriegstreiberei in Gestalt von völkerrechtswidrigen Angriffskriegen unter dem Vorwand des „weltweiten Kriegs gegen den Terror“; Imperialismus

(auch im Sinne von „Großdeutschland“) und Aufrüstung; Kapital- und Wirtschaftskolonialisierung zu Lasten der ärmeren und ärmsten Regionen der Welt; jede Art von Korruption und Lobbyismus; Profittreiberei zu Lasten von Mensch und Natur (insbesondere auf den Gebieten der Rüstungs-, Pharma-, Chemie-, Energie-, Gen- und Biotechnologie-, Nahrungsmittel-, Agrar- und „Klimatechnologie“-Industrie); systematische Ausbeutung mittels „Spekulation und Globalisierung“ durch Banken, „Finanzdienstleister“ (Hedgefonds oder Private Equity Fonds usw.) sowie die dahinter stehenden Personen; jedes Bestreben das auf die Installation einer „Weltregierung“ abzielt und nachweislich einseitig die Interessen und Kontrollmöglichkeiten des Großkapitals im Auge hat – zu den dagegen einzusetzenden Mitteln gehört unserer Ansicht nach auch die Bewahrung nationalstaatlicher Souveränität als Gegengewicht zu den Allmachtphantasien von EU, UNO, NATO, WHO, WTO, IWF, Weltbank und Konsorten; weiterer Abbau von Grund- und Freiheitsrechten zugunsten eines Polizei- und Überwachungsstaates; fortschreitende Entwertung der „Handelsware Arbeit“ sowie Zerschlagung sozialer Solidarstrukturen und gezielte Prekarisierung der Lebensumstände von immer mehr Menschen (weltweit!) ... um nur die wichtigsten zu nennen.

[*] Anmerkung zu „Geschichtsklitterung und Tatsachenverfälschung“:

Was wir darunter nicht verstehen – und deshalb jegliche Kritik daran zurückweisen müssen und auch immer werden, ist das legitime Interesse an einer objektiv-kritischen und letztlich auch selbstkritischen (speziell auf uns Deutsche, aber bspw. auch auf Nationen wie Großbritannien, Frankreich, Spanien, die USA und Israel bezogen) Aufarbeitung der Geschichte. Es geht uns dabei keineswegs um eine Negation von fraglos auch in der deutschen Geschichte auftretenden „Groß- und Weltmachtallüren“ oder der Verfolgung von und des nachweislich stattgefundenen Massenmords an Juden, Zigeunern, Behinderten und anderen „Untermenschen“ oder dem jeweiligen Herrschaftssystem unangenehmen Personen – all das hat stattgefunden und wurde von uns niemals in Abrede gestellt.

Dennoch gibt es einfach „ein paar Geheimnisse zu viel“, die sich gerade um die Zeit von Ende des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts ranken und bei denen „Deutschland“ (2. Deutsches (Kaiser-) Reich, Weimarer Republik, Drittes Reich und die „junge“ Bundesrepublik) nicht nur regional, sondern auch global gesehen im Mittelpunkt stand und immer noch steht.

Wer diese Feststellung und alle daraus abgeleiteten Fragestellungen als Revisionismus oder Revanchismus bezeichnet und uns „rechtes Gedankengut“ unterstellt, sollte sich zumindest mal selbst fragen, warum rund um das, was damals in diplomatischer, juristischer, wissenschaftlicher und militärischer, nicht zuletzt aber auch wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht geschehen ist, so viel Geheimniskrämerei betrieben wird? Warum unzählige Akten auch 64 bis 91 Jahre nach dem Ende der beiden Weltkriege immer noch unter Verschluss gehalten werden (sofern sie überhaupt noch existieren!)? Und auch, warum in keinem anderen Land der Welt, außer eben in unserem, bei Strafe untersagt ist, sich mit der Erforschung der eigenen Geschichte zu befassen? - Zumindest darf man seine Ergebnisse nicht „einfach so“ publizieren. In diesem Zusammenhang ist es doppelt interessant, dass die meisten bekannten und nicht mal eben so in die rechte Ecke zu stellenden Publikationen über dieses Thema gerade in den „Siegerstaaten von damals“ erschienen sind.

Argumente wie „Kollektivschuld“ oder „Verständnis für die Kriegsgegner des Dritten Reichs“, weil sie „natürlich sicherstellen wollten, dass keine Gefahr mehr von den Deutschen ausgehen könne“, kann man spätestens nach der Entscheidung der Westmächte für eine „strategische Wiederaufrüstung“ der BRD nicht mehr vorbringen. Heute, da sich die „Bundesregierung“ nicht nur unwiderruflich in die „Achse der willigen Vasallen von U\$rael“ eingereiht hat, sondern auch immer klarer erkennbar werdende Großmachtgelüste entwickelt, die natürlich von den Erwartungen der „nationalen Eliten“ befördert werden, schon gar nicht mehr.

[*] **Anmerkung zu „Ostgebiete und Grenzverlauf“:**

Im Zusammenhang mit der obigen Anmerkung und vor dem Hintergrund, dass eine – zwar aus dem Gesamtzusammenhang gerissene, aber sicherlich „Angriffsfläche bietende“ – Äußerung **meinerseits** [der Autor] zum Mittelpunkt der Kritik und „Hauptbeweis“ für meine (unsere) rechtslastige Weltanschauung erklärt wurde, möchte **ich** dazu etwas klarstellen:

Für mich ist dieses Thema nur insofern relevant, als ich der Meinung bin, dass es bisher eben **noch nicht** einwandfrei geklärt und völkerrechtlich belegt wurde (hiergegen spricht auch das, was ich und andere als „Zweifel an der Darstellung der Wiedervereinigung und des völkerrechtlichen Status der BRD“ zur Diskussion stell(t)en), dass seinerzeit alles mit rechten Dingen zugegangen ist. – Zum einen gehört diese Thematik deshalb ebenfalls zu jenen Fragen, die – wie oben erläutert – meiner Ansicht nach dringend einer endgültigen und neutralen Erforschung **unter Einbeziehung der besagten Geheimakten** bedürfen. Und andererseits gilt meine Hauptkritik an dieser „Grenzfrage“ auch nicht dem vermeintlichen oder tatsächlichen „Raub der Ostgebiete“, sondern den sinnlosen Spekulationen und Diskussionen darüber.

So lange auf der „höchsten offiziellen Ebene“ noch widerstreitende Meinungen zum Thema kursieren (und die existieren bekanntlich auch in den „etablierten und demokratischen“ politischen Parteien!), werden diejenigen, die es auch in der allgemeinen Diskussion immer wieder propagandistisch im Sinne der „Rückkehr in glorreiche Tage“ ins Feld führen, niemals mit ihrer Agitation aufhören. – Insofern sollten gerade jene Menschen, welche das Thema endgültig zu den Akten gelegt wissen wollen, eigentlich selbst an einer solchen endgültigen und unantastbar verbindlichen Klärung interessiert sein?

Ich persönlich erkläre deshalb hier und jetzt sowie im Namen aller AmSeL-Mitglieder **nochmals**, dass wir uns **schon vor dem Aufbranden der Kritik** klar dafür entschieden und auch öffentlich dazu bekannt hatten, unser aktives Engagement ausschließlich auf die Realität zu beziehen, als deren „Geburtsstunde“ der 3. Oktober 1990 anzusehen ist. **Dieser Realität** widmen wir uns dafür aber umfassend und ohne Rücksicht auf zart besaitete kritische Gemüter. Damit sollte aber auch für diese unmissverständlich klargestellt sein, dass wir weder für „Grenzverschiebungen“ noch für sonstige revanchistische Ambitionen stehen wollen und werden.

* * * * *

Damit ist dieser Themenkomplex für uns abgeschlossen, aber wir stehen ernstlich interessierten Menschen auch weiterhin gerne „Rede und Antwort“, sofern sie sich auf den nachfolgend bekanntgegebenen Kommunikationswegen, sowie in einer angemessenen Form an uns wenden.

Kontaktmöglichkeiten:



I.B.E. AmSeL e.V.
Hans-D. Ziran
Vorsitzender & Sprecher

E-Mail:
Amsel-ibe@email.de

Telefon:
06192-8078441

Skype:
hans.d.ziran

Mobil:
0171-2631534